

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 957 Anfrage Spring Laura und Mit. über die landwirtschaftliche Wasserversorgung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Laura Spring ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Laura Spring: Ohne Wasser hat die Landwirtschaft keine Chance. Egal, ob in der Tierhaltung oder beim Pflanzenanbau, alle sind vom Wasser abhängig. Der letzte und auch dieser Sommer haben in gewissen Betrieben gezeigt, wie rasch die Quellen versiegen können. Letzten Sommer mussten Landwirte und Landwirtinnen das Wasser tage- oder wochenlang mit Tanks herbeiführen, um ihre Tiere tränken zu können, aber auch damit sie eigenes Brauchwasser haben. Wir können nicht zuschauen, wie unsere Bäuerinnen und Bauern auf dem Trockenen sitzen, obwohl wir das Geld vom Bund aus der Strukturverbesserung hätten, um dieses Situation zu verbessern. Wir haben nicht nur das Geld, sondern auch das gute Konzept der Wasserversorgungsgenossenschaften. Dieses Konzept funktioniert bei den etablierten Genossenschaften gut. Dort gibt es bereits Lösungen. Die Lösungen liegen nicht immer nur in der Zukunft, sondern sie haben zum Teil auch schon Tradition. Zu diesen Traditionen müssen wir Sorge tragen. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass die Gesuche für gemeinschaftliche Wasserversorgungen stark zugenommen haben. Das hört man auch in der Diskussion mit Bäuerinnen und Bauern. Das Problem ist aber, dass die Gesuche zum Teil schon vor einem Jahr eingereicht wurden, aber noch keine Antwort vorliegt. Da die Bauzeit einer solchen Wasserinfrastruktur etwa zwei bis vier Jahre dauert, sollte deshalb mit dem Bau möglichst bald begonnen werden können. Die Dringlichkeit wird zudem weiterhin zunehmen. Die Verzögerungen sollen auf einen Personalmangel bei den Ingenieurbüros zurückzuführen zu sein. Das kann sein. Fakt ist aber, dass der Kanton früher in der Lage war, solche Wasserversorgungen selber zu planen. Die Kapazitäten wurden aber abgebaut, obwohl sich damals unser Parteikollege Louis Schelbert dagegen eingesetzt hat. Jetzt sind wir von externen Büros abhängig, und der Prozess scheint blockiert zu sein. Ich erhoffe mir, dass der Kanton dieses Problem erkennt und es angeht, sei es, indem die Ingenieurbüros ihre Stellen aufstocken können oder dass der Kanton selbst wieder mehr Verantwortung übernimmt. In seiner Antwort schreibt der Regierungsrat, dass auch im Tal in Wasserbaugenossenschaften investiert werden kann, das ist wichtig. Längerfristig werden die Wassernutzungskonflikte zunehmen, aber wir können dort, wo der Bedarf ausgewiesen ist, jetzt schon die entsprechenden Infrastrukturen bauen. Eine funktionierende Wasserversorgung muss in der öffentlichen Hand bleiben. Diese Stossrichtung wird auch vom Bund unterstützt. Der Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft hat sich ebenfalls

dahingehend geäußert, dass der Bund Verantwortung übernehmen muss. Die Grüne Fraktion geht davon aus, dass der Kanton seine Planungskapazitäten in diesem Bereich ausbauen wird.

Benno Ineichen: Ich danke Ihnen, dass Sie sich um unser Wasser sorgen. Ich bin Präsident einer örtlichen Wasserversorgungsgenossenschaft. Wir sind froh, dass dieses Thema hier im Rat zur Sprache kommt. Die Wasserversorgung ist grundsätzlich Sache der Gemeinden. Die Gemeinden delegieren diese wiederum an Genossenschaften. Für die Bauern gilt das Gleiche, sie sind selbst für die landwirtschaftliche Wasserversorgung verantwortlich, ob über die öffentliche oder eine private Versorgung. Ich habe einen eigenen Landwirtschaftsbetrieb. In den letzten Jahren wurden uns die Grenzen aufgezeigt. Wir planen und bauen Verbunde. Es ist aber tatsächlich so, dass es in den Ingenieurbüros an geeignetem Personal fehlt. Die Verantwortung sollte nicht an den Kanton delegiert werden, sondern bei den Gemeinden bleiben. Den abgelegenen Landwirtschaftsbetrieben würden immense Kosten entstehen, da die Kosten für den Laufmeter ungefähr 100 Franken betragen. Diese Kosten können nicht einfach der Gemeinde oder dem Kanton aufgebürdet werden. Ich empfinde die Zusammenarbeit mit der Gebäudeversicherung als sehr positiv und zielführend, wenn es um den Löschwasserschutz geht. Deshalb sehe ich keinen Handlungsbedarf. Höchstens bei den Gesetzen können Anpassungen vorgenommen und Regulierungen abgebaut werden, beispielsweise indem auch wieder eine Wasserleitung durch den Wald gezogen werden kann.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Versorgung mit Trinkwasser, Löschwasser und Wasser für die landwirtschaftlichen Betriebe ist eine eminent wichtige Aufgabe. 2021 haben wir eine Umfrage zur landwirtschaftlichen Wasserversorgung durchgeführt, die auch für die weitere Bearbeitung des Themas wichtig ist. Fast die Hälfte der Landwirtschaftsbetriebe ist einer gemeinschaftlichen Wasserversorgung angeschlossen. Zurzeit sind einige Gesuche hängig. Leider dauert deren Bearbeitung länger als gewünscht, nicht zuletzt auch infolge des Fachkräftemangels. Selbst wenn die Gesuche wieder durch den Kanton selbst bearbeitet würden, würde das am Problem des Fachkräftemangels nichts ändern. Zudem müsste Ihr Rat im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplanes (AFP) über zusätzliches Personal befinden. Deshalb wäre eine solche Lösung aufgrund der aktuellen Situation nicht zweckmässig. Das Thema ist aber wichtig, und wir müssen es weiterverfolgen. Zudem liegt ein weiterer Vorstoss von Laura Spring zu diesem Thema vor. Im Zusammenhang mit dem Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik konnten wir aufzeigen, wie wir diesbezüglich weiter vorgehen werden. Die Anregungen aus der heutigen Diskussion nehme ich gerne so mit.